

Abenomics in der Landwirtschaftspolitik: Koizumis Werk und Abes Beitrag

Hanno Jentzsch

Shinzō Abe hat die wirtschaftliche Wiederbelebung des kriselnden japanischen Agrarsektors in seiner zweiten Amtszeit zu einem zentralen Bestandteil seiner Reformagenda erhoben. Als erster Premierminister verband er ein agrarpolitisches Programm mit seinem Namen (*Abe nōsei*, siehe Tashiro 2018: 22) und wagte einen öffentlichkeitswirksamen Angriff auf die mächtige Organisation der Agrarkooperativen (JA, Japan Agriculture). Gegen den Widerstand der Agrarlobby um JA setzte Abe zudem auf Freihandelsabkommen als Wachstumskonzept. Eine agrarpolitische Revolution ist aber trotz dieser offensiven Agenda-Setzung ausgeblieben. Das bedeutet nicht, dass sich der japanische Agrarsektor unter Abe nicht (weiter) gewandelt hat. Bei genauerer Betrachtung von Abes umfassendem Reformprogramm für eine »aggressive Landwirtschaft« (*seme no nōgyō*) wird allerdings deutlich, dass die zentralen Elemente dieses Programms vor allem an bestehende Entwicklungen anknüpften und diese vorantrieben, anstatt gänzlich neue Schwerpunkte zu setzen. Wie auch in anderen Politikbereichen hat Abe dafür die Rolle der Exekutive im politischen Entscheidungsprozess erheblich gestärkt – ebenfalls wie in anderen Politikbereichen verlor sein Reformeifer zum Ende seiner Regierungszeit jedoch an Schwung. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass die Richtung und der Erfolg des Strukturwandels im japanischen Agrarsektor weiterhin entscheidend von Aushandlungsprozessen auf lokaler Ebene abhängen.

Japans Landwirtschaft im Wandel

Auch am Ende der Ära Abe steckte die japanische Landwirtschaft noch immer in einer gravierenden Strukturkrise. Die Zahl der Bauern ist bis zum Jahr 2020 auf 1,36 Millionen gesunken. Zwanzig Jahre zuvor waren es noch 2,4 Millionen. Beinahe 70 %

der verbleibenden Bauern waren 2020 über 65 Jahre alt, die wenigsten haben junge Nachfolger für ihre kleinteiligen Ländereien. Trotz starker Abhängigkeit von Lebensmittelimporten geht immer mehr Agrarland verloren. Ein Großteil des verbliebenen Landes ist stark fragmentiert und wird noch immer überwiegend für wenig produktiven Reisanbau genutzt. Die Wurzeln dieser Strukturkrise liegen im Wirken einer politischen Allianz aus LDP, Agrarministerium und der Kooperativen-Organisation JA (ehemals Nōkyō), die seit den 1960er-Jahren auf verschiedene Weise von der Verfestigung einer kleinteiligen, auf hochsubventionierten Teilzeit-Reisanbau ausgerichteten Produktionsstruktur profitierten. Lange Zeit galt der Agrarsektor daher als nicht (oder zumindest nicht grundlegend) reformierbar. Mehrere Publikationen haben aber zuletzt aufgezeigt, dass der Fokus auf das Ausbleiben von »radikalen« Reformen den Blick auf einen graduellen Wandlungsprozess verstellt hat, durch den sich der japanische Agrarsektor bereits seit den frühen 2000er-Jahren grundlegend verändert hat (Jentzsch 2021; Maclachlan und Shimizu 2022). Im Zuge der Liberalisierung besonders des Binnenmarktes, einer schrittweisen Deregulierung von Landnutzungsrechten und einer Umorientierung der Subventionspolitik sind expandierende Landwirte (darunter zunehmend als Unternehmen organisierte Betriebe) mittlerweile nicht nur weitgehend frei von regulatorischen Fesseln, sondern auch das Hauptziel politischer Förderung. Die Zahl von unternehmerischen Agrarbetrieben ist seit Mitte der 2000er-Jahre stetig angestiegen. Dies ist nicht zuletzt auch eine Herausforderung für JA, da die politisch geförderten zukünftigen »Träger« (*ninaite*) der japanischen Landwirtschaft gute Gründe haben, sich von der längst nicht mehr unangreifbaren Kooperativen-Organisation abzuwenden.

»Kantei nōsei«: Abes agrarpolitischer Führungsanspruch

Als Shinzō Abe das Amt des Premierministers im Jahr 2012 zum zweiten Mal übernahm, waren die entscheidenden Weichen zu dieser Entwicklung längst gestellt. Vor allem Abes politischer Ziehvater Jun'ichirō Koizumi (2001–2006) hatte eine Reihe von neoliberalen Agrarreformen vorangetrieben, die den Wandel der Produktionsstruktur beschleunigten, dabei aber auch die traditionelle Allianz zwischen der LDP, JA und Bauern auf eine Zerreißprobe stellten – eine schwere Hypothek für seine Nachfolger aus der LDP (darunter auch Abe) und letztlich auch ein entscheidender Faktor für den historischen Wahlsieg der Demokratischen Partei (DPJ) in den Unterhauswahlen im Jahr 2009. Die DPJ nutzte die Frustration vieler japanischer Bauern mit der LDP gezielt aus, indem sie unter anderem eine direkte Einkommensunterstützung für Reisbauern versprach, die 2010 auch eingeführt wurde.

Vor diesem Hintergrund begann Abe kurz nach seiner zweiten Amtsübernahme mit großer Entschlossenheit, den Agrarreformprozess zurück in die Zukunft zu führen. Die politische Grundlage für dieses Vorhaben bildete dabei eine Stärkung der Rolle des Kantei in der Agrarpolitik (*kantei nōsei*). Dies ging mit der bewussten Verletzung politischer Konventionen einher. Abe drängte zum Beispiel das Agrarministerium von einer vormals zentralen Rolle im politischen Entscheidungsprozess in eine implementierende Rolle und beschränkte den Einfluss von etablierten konservativen Agrarspezialisten in der LDP (*nōrin zoku*). Ein besonders öffentlichkeitswirksamer Schritt war dabei die Besetzung des Vorsitzes des LDP-Landwirtschafts-Komitees mit Jun'ichirō Koizumis Sohn Shinjirō. Ähnlich wie dessen berühmter Vater verlieh Abe außerdem dem sogenannten Deregulierungsrat (*kisei kaikaku iinkai*) eine zentrale Rolle im Politikprozess und besetzte ihn mit prominenten neoliberalen Figuren, darunter Koizumis ideologischer Vordenker Heizō Takenaka. Abe nutzte den Deregulierungsrat und den Ausschluss von innerparteilichen und administrativen Vetospielern unter anderem zur Durchsetzung von umstrittenen Deregulierungsprojekten (Maclachlan und Shimizu 2021: 436–437). Generell ist aber davon auszugehen, dass Abe die Konzentration von politischer Macht im Büro des Premierministers wichtiger war als die Durchsetzung einer dezidiert neoliberalen Agenda.¹ Ein Rückblick auf die zentralen Elemente der landwirtschaftlichen Reformagenda seit 2013 verdeutlicht dies.

Agrarreformen unter Abe: Zurück in die Zukunft

Im Dezember 2013 legte die Abe-Regierung einen umfassenden und ambitionierten Plan zur Revitalisierung der japanischen Landwirtschaft vor. In einer expliziten Absage an die DPJ-Linie wurde die direkte Einkommensunterstützung für Reisbauern ab 2014 halbiert und ab 2018 ganz gestrichen. Dazu wurde die Reisproduktionskontrolle (bekannt als *gentan*) von der Anspruchsberechtigung für Subventionszahlungen entkoppelt, was eine Aufweichung des seit Jahrzehnten bestehenden politischen Instruments zur Stabilisierung des Reispreises bedeutete. Mit diesen Maßnahmen vermittelte Abe den Eindruck eines harschen und mutigen Reformprogramms – allerdings nur im Vergleich zur DPJ-Linie. Die Koizumi-Regierung hatte die Entkoppelung von Reisproduktionskontrolle und Subventionsberechtigung bereits Mitte der 2000er-Jahre vollzogen, bevor die DPJ diesen Schritt 2010 mit der Einführung der direkten Einkommensunterstützung für Reisbauern wieder rück-

¹ Dies gilt nicht nur für die Agrarpolitik, siehe z. B. Harris (2020).

gängig machte. Koizumi hatte ursprünglich sogar versucht, die Berechtigung zu Subventionszahlungen für Reisbauern an die Betriebsgröße zu knüpfen – ein Schritt, der die überwiegende Mehrheit der kleinen (Teilzeit-)Betriebe in Japan von diesen Subventionszahlungen ausgeschlossen hätte. Dieser Vorstoß wurde zwar bis zum Inkrafttreten der Reform im Jahr 2007 entscheidend abgeschwächt, die Enttäuschung von Bauern und JA mit der LDP konnte das Zurückrudern aber nicht mehr beseitigen. Abe, in seiner ersten Amtszeit selbst mit dieser Enttäuschung konfrontiert, entschied sich wohl auch unter dem Eindruck dieser Erfahrung 2013 dazu, keine Bedingungen bezüglich der Betriebsgröße in sein Reformpaket zu inkludieren. Zudem balancierte Abe die Aufweichung der Reisproduktionskontrolle mit großzügigen Subventionen für Produkte wie Weizen, Soja oder Futterreis. Die Streichung der Direktzahlungen bedeutete zwar vor allem für kleinere (Teilzeit-)Reisbauern einen klaren Einschnitt, insgesamt revidierte Abe aber nicht nur den Kurs der DPJ, sondern entschärfte bei seiner Rückkehr in die Zukunft des Agrarreformprozesses auch den aggressiveren Ansatz von Koizumi.

Ein Kernziel von Abes Agrarreform-Agenda war die Konsolidierung der Produktionsstruktur. Bis 2023 sollten 80 % des Agrarlandes in Japan von unternehmerischen Betrieben genutzt werden. Neu war an diesem Vorhaben allerdings in erster Linie die ambitionierte (und wenig realistische) Zielvorgabe. Die Umverteilung von Agrarland von alternden Bauernhaushalten zu einer politisch definierten Kategorie von »Träger«-Betrieben (*ninaite*) ist dagegen eines der Hauptmotive japanischer Agrarpolitik seit den frühen 1990er-Jahren. Zur äußerst heterogenen Gruppe der zukünftigen »Träger« der japanischen Landwirtschaft zählen expandierende Bauernhaushalte, sogenannte dörfliche Kollektivbetriebe (*shūroku einō*) sowie als Unternehmen organisierte Agrarbetriebe. Im Zuge fortschreitender Alterung und einer Reihe von Reformen zur exklusiven Förderung von offiziell »zertifizierten« Agrarbetrieben (darunter die oben erwähnte Subventionsreform aus der Koizumi-Ära) war die Konsolidierungsrate über die 2000er-Jahre steil angestiegen, stagnierte aber in den Jahren vor Abes zweiter Amtszeit bei knapp 50 %. Zur Belebung des Konsolidierungsprozesses führte die Abe-Regierung im Jahr 2014 die sogenannten »Farmland Banks« (*nōchi chūkan kanri kikō*) ein: öffentliche Institutionen, die den Austausch von Landnutzungsrechten zwischen älteren Bauern und designierten *ninaite* vermitteln sollen. Auch solche Instrumente gab es bereits vor Abes zweiter Amtszeit – seit 2009 unterhielt zum Beispiel jede Gemeinde eine so genannte »Agrarland-Harmonisierungsorganisation« (*nōchi enkatsu-ka dantai*) mit dem gleichen Auftrag. Im Unterschied zu diesen lokalen Institutionen wurden die »Farmland Banks« auf der Präfektur-Ebene angesiedelt und mit einer Reihe von Reformen begleitet. Dazu zählten zum Beispiel der Öffnung des Agrarlandmarktes für landes-

weite Bieter, eine Deregulierung des Pachtsystems und eine Reform der lokalen Agrar-Komitees (*nōgyō iinkai*). Zusammen stellten diese Reformen den Versuch dar, die Einflussmöglichkeiten von lokalen Akteuren auf den sensiblen Bereich der Landnutzung zu verringern. Besonders die Agrar-Komitees, in denen sowohl Bauern als auch lokale JA institutionalisierten Einfluss auf Agrarland(um)nutzungsfragen hatten, galten Verfechtern eines liberalisierten Agrarsektors lange als Stolperstein für die »rationale« Umverteilung von Agrarland, beziehungsweise den Zugang zu Agrarland für Investoren. Seit 2015 werden die Mitglieder dieser Komitees nun nicht mehr gewählt, sondern von der Gemeindeverwaltung ernannt, wobei es sich mehrheitlich um offiziell »zertifizierte« (also professionelle) Bauern handeln muss (Jentzsch 2021).

Seit den frühen 2000er-Jahren ist das Ziel der Konsolidierung eng mit der Förderung von Unternehmen verbunden – sowohl durch die Umformung von Agrarbetrieben in Unternehmen (*hōjinka*) als auch durch die Deregulierung des Zugangs von »nicht-landwirtschaftlichen Unternehmen« zum Agrarsektor. Die umstrittene Abkehr von der haushaltsbasierten Produktionsstruktur erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit einer historischen Revision des Agrarlandgesetzes (*Nōchi-hō*) im Jahr 2009, mit der nicht-landwirtschaftliche Unternehmen zum ersten Mal seit der Landreform in den späten 1940er-Jahren Zugang zur Nutzung von Agrarland erhielten. Die Abe-Regierung trieb auch diesen Prozess weiter voran. Neben Anreizen für Betriebe, sich als Unternehmen zu organisieren, erweiterte eine weitere Revision des *Nōchi-hō* im Jahr 2015 die Möglichkeiten nicht-landwirtschaftlicher Unternehmen, in Agrarbetriebe zu investieren. Nach dem Vorbild der Koizumi-Regierung wurden 2016 zudem Sonderregulierungszonen eingeführt, in denen der Zugang für Unternehmen zu Agrarland noch erweitert wurde. Ebenfalls mit dem Ziel, private Investitionen in den Agrarsektor zu erhöhen, förderte die Abe-Regierung offensiv sektorübergreifendes Unternehmertum und Diversifizierung unter dem Schlagwort der »sechsten Industrie« (*6ji-sangyō*) – auch hierbei griff Abe existierende Initiativen auf, um sie in »seine« Reformagenda einzubauen (Machlachlan und Shimizu 2021).

Auch wenn das Ziel von 80 % bis 2023 weit entfernt bleibt, hat sich die Konsolidierungsrate unter Abe von knapp 50 % im Jahr 2012 auf 57,1 % im Jahr 2020 erhöht. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg zwischen 2015 und 2020 immerhin um 20 % von 2,5 Hektar auf 3,1 Hektar (2,2 Hektar ohne Hokkaidō). Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Nutzung der »Farmland Banks« besonders in den ersten Jahren mit großzügigen Anreiz-Zahlungen gefördert wurde. Diese Anreize machten sich besonders für die oben erwähnten dörflichen Kollektivbetriebe (*shūroku einō*) bezahlt, also Gruppen von Bauernhaushal-

ten, die ihre Ländereien und Maschinen gemeinsam nutzen und somit unter bestimmten Voraussetzungen als ein einziger Betrieb angesehen werden – eine tendenziell konservative Form der Konsolidierung, die besonders älteren Teilzeit-Reisbauern fortgesetzten Zugang zu Subventionen ermöglicht und daher bereits seit Mitte der 2000er-Jahre einen Boom erfuhr. Die monetären Anreize galten zudem auch für bereits bestehende Kollektiv-Betriebe, die sich formal in Unternehmen umformen und im Zuge dieses Schrittes die Landnutzungsrechte über die »Farmland Banks« neu verteilen. Diesen Weg sind angesichts der hohen Anreiz-Zahlungen viele Kollektivbetriebe seit 2015 gegangen – hierbei handelte es sich allerdings oft um eine rein formale »Konsolidierung« durch Betriebe, die das betreffende Land ohnehin bereits nutzten. Der tatsächliche Erfolg der »Farmland Banks« sowie der Anstieg der Zahl von als Unternehmen organisierten Betrieben ist vor diesem Hintergrund mit Vorsicht zu bewerten (Jentzsch 2021).

Dieser kurze Rückblick macht deutlich, dass sich hinter dem Label der »Abe Nōsei« in weiten Teilen keine agrarpolitische Kehrtwende, sondern eher eine entschlossene Fortführung von politischen Entwicklungen aus den 2000er-Jahren versteckte. Deutlich wird aber auch, dass Abe dabei die landwirtschaftspolitischen Instrumente aus der Koizumi-Ära keineswegs unverändert übernommen hat. Obwohl die Ziele ähnlich blieben – eine Abkehr von der Bewahrung der kleinteiligen haushaltsbasierten Produktionsstruktur und eine Hinwendung zu unternehmerischer Landwirtschaft –, zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der gewählten Mittel und der dahinterstehenden politische Vision. Im Gegensatz zum überzeugten neoliberalen Reformier Koizumi betonte Abes Interpretation der politischen Instrumente der 2000er-Jahre das Element der staatlichen Förderung. Während Koizumis Versuch einer exklusiven Subventionspolitik noch den wütenden Widerstand der Agrarlobby provoziert hatte, war Abes Agrarpolitik somit nicht nur geprägt von einem pragmatischeren Umgang mit der Agrarlobby, sondern auch Ausdruck einer anderen politischen Vision, in der der Staat (und nicht der »Markt«) die Umstrukturierung des Agrarsektors vorantreibt.

JA-Reform: Vom Prestigeprojekt zum Kompromiss

Die Initiative zur Reform der Agrarkooperativen-Organisation JA scheint auf den ersten Blick nicht in dieses Bild zu passen. Abes Attacke auf JA war präzedenzlos – das symbolisch aufgeladene Prestigeprojekt eines Premierministers, dessen Reformwille keine politischen Tabus kennt und damit in gewisser Hinsicht auch eine Reminiszenz an Koizumis Postreform. In Abes Visier war JA vor allem durch vehe-

menten Widerstand gegen Japans Beitritt zum »Trans-Pacific Partnership«-Abkommen (TPP) geraten, das bis zum Amtsantritt Donald Trumps ein zentraler Baustein in Abes Agenda war. Im Mai 2014 erhöhte sich der Druck auf JA schlagartig, als der Deregulierungsrat einen radikalen Plan zur Reform des JA-Gesetzes (Nōkyō-hō) vorlegte. Letztlich zeigte die JA-Reform aber auch die Grenzen des Einflusses des Deregulierungsrates auf. Bis zu ihrer Verabschiedung im Jahr 2015 wurde die Reform erheblich entschärft. Anders als ursprünglich geplant, wurde das zentrale politische Organ der Organisation (JA Zenchū) nicht abgeschafft, sondern lediglich in seinen Kontrollkompetenzen gegenüber den lokalen Kooperativen beschränkt. JA Zennō, der Handelsarm der Kooperativen, wurde nicht zum privaten Unternehmen umgeformt und behielt damit gewisse Wettbewerbsvorteile. Lokale Kooperativen dürfen zudem weiterhin eine breite Palette an Services für assoziierte Mitglieder (also Nicht-Bauernhaushalte) anbieten. Dieser Punkt ist nicht nur ökonomisch relevant, sondern trägt auch der traditionellen Verankerung der Kooperativen in der ländlichen Gesellschaft Rechnung – eine historisch gewachsene sozio-politische Rolle, die den neoliberalen Reformern ein Dorn im Auge war. Die »entschärfte« JA-Reform war ein Kompromiss, der diese Rolle zumindest nicht kategorisch in Frage stellte, dafür aber Anpassungen an das politische Ziel einer unternehmerischen Landwirtschaft verlangte. So müssen die Führungsgremien der lokalen Kooperativen nun verpflichtend (auch) mit »zertifizierten« Landwirten besetzt werden, um sicherzustellen, dass sie im Interesse von unternehmerischen Agrarbetrieben handeln. Die Steigerung der Einkommen der landwirtschaftlich aktiven Mitglieder wurde in der Revision des JA-Gesetzes als Ziel der Organisation definiert. Bereits 2014 hatte sich JA zu einem fünfjährigen »Selbstreformprozess« (ab 2017) verpflichtet, um dieses Ziel umzusetzen.

Der letzte Punkt weist auf einen wichtigen Aspekt hin: Anders als oft dargestellt, stellt sich JA nicht (oder zumindest nicht mehr) *per se* gegen den Strukturwandel der japanischen Landwirtschaft. Die entscheidende Frage für die Kooperativen-Organisation ist schon längst vielmehr, ob und wie sie ein Teil dieses fortlaufenden Prozesses sein kann. Auf der lokalen Ebene sind viele Kooperativen in Zusammenarbeit mit Bauern, dörflichen Organisationen und/oder Lokalregierungen seit langem in Landumverteilungsprozesse involviert und/oder haben neue Marketingstrategien erarbeitet – teilweise durchaus erfolgreich. Wo dies nicht gelingt, verlieren lokale Kooperativen an Einfluss und unternehmerische Betriebe wenden sich ab. Ob sie diese Betriebe an sich binden können, ist also nicht weniger als eine Existenzfrage für lokale Kooperativen, die ansonsten angesichts einer alternden und zunehmend ökonomisch inaktiven Mitgliedschaft Gefahr laufen, obsolet zu werden (Jentzsch 2021; Maclachlan und Shimizu 2022). Die »entschärfte« Reform räumte

JA die Gelegenheit ein, ein Teil des Wandels der japanischen Landwirtschaft zu bleiben, indem sie Anpassungen verlangte, die auf lokaler Ebene vielfach bereits verfolgt werden und zudem den Spielraum der lokalen Kooperativen erhöhte, diese Anpassungen vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund war also auch die JA-Reform keine radikale Kehrtwende, sondern griff bestehende (lokale) Wandlungsprozesse im Agrarsektor auf und verstärkte sie.

Ambivalente Reformen, lokale Interpretationen

Die »entschärfte« JA-Reform steht damit stellvertretend für einen Reformprozess, dessen wichtigste Konstante seine Ambivalenz ist. Während sich alle beteiligten Akteure einig zu sein scheinen, dass eine Umformung der alternden, kleinteiligen, und in jeder Hinsicht nicht nachhaltigen Produktionsstruktur unumgänglich ist, ist der Reformprozess seit den 1990er-Jahre das mäandernde und oft widersprüchliche Ergebnis eines ungelösten Konfliktes darüber, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Trotz einer vergleichsweise ambitionierten Serie von Reformen hat sich dieser Konflikt auch in Abes zweiter Amtszeit nicht aufgelöst – im Gegenteil: Die bedingte Rückkehr zu neoliberalen politischen Instrumenten aus der Koizumi-Ära und die Fortführung von Deregulierungsprozessen vermischten sich mit der politischen Vision eines staatlich geförderten »aggressiven« Agrarsektors. Zudem ließ (nicht nur) der landwirtschaftspolitische Reformmeister Abes zum Ende seiner Amtszeit stark nach. Konservative Agrarpolitiker drängten zurück auf wichtige Positionen. Ein Gesetz aus dem Jahr 2017, das JA zu mehr Transparenz in der Preisbildung zwang, war der letzte reformistische Impuls der so tatkräftig begonnenen »Abe Nōsei« (Machlachlan und Shimizu 2021).

Eine Konsequenz aus dieser Entwicklung ist, dass sich der Wandel des japanischen Agrarsektors weiterhin zu einem entscheidenden Anteil auf der lokalen Ebene abspielt, wo Bauern, lokale Kooperativen und Lokalregierungen unter dem doppelten Druck von rapider Alterung und der politischen Zielvorgabe einer unternehmerischen Landwirtschaft um einen Weg aus der Strukturkrise ringen. Die Ambivalenz des nationalen Reformprozesses lässt dabei sehr unterschiedliche lokale Interpretationen zu: von innovativem, unabhängigen Agrar-Unternehmertum bis hin zu kooperativ und/oder öffentlich organisierten lokalen »Agrar-Regimen«. Nicht selten haben lokale Initiativen – mal mit, mal ohne Beteiligung von JA – dem nationalen Reformprozess auch vorgegriffen. Wie oben bereits angedeutet, ist es aber keineswegs selbstverständlich, dass lokale Kooperativen den vorhandenen Gestaltungsspielraum erfolgreich nutzen können. Bereits seit den frühen 1990er-Jah-

ren hat die Zahl der lokalen Kooperativen in mehreren Fusionswellen rapide abgenommen (Tashiro 2018). In Abes zweiter Amtszeit sank die Zahl weiter von 680 im Jahr 2014 auf 584 im Jahr 2020. Diese Entwicklung wurde dabei entscheidend verstärkt von der »Heisei-Welle« von Gemeindefusionen Mitte der 2000er-Jahre und trägt auf mehreren Ebenen zu zunehmender lokaler Heterogenität im Agrarsektor bei: In immer größeren Kooperativen gehen die Interessen und Bedürfnisse von unternehmerischen Betrieben und alternden (Teilzeit-)Bauernhaushalten immer weiter auseinander, während die sozio-politischen lokalen Arenen, in denen JA, Bauern und Lokalregierung (inter)agieren, ebenfalls großräumiger und heterogener werden – beides erschwert tendenziell kohärente lokale Antworten auf demografische und politische Herausforderungen. In der Abe-Ära hat sich der Gestaltungsspielraum für (und der Druck auf) Agrarbetriebe und lokale Kooperativen weiter erhöht – und damit auch das Risiko, dass letztere nicht mehr in der Lage sind, ihre zunehmend heterogene Mitgliedschaft und/oder die Lokalregierung vom Nutzen kooperativer Strukturen zu überzeugen. Angesichts der massiven Herausforderung der Umformung einer nach wie vor kleinteiligen Produktionsstruktur wäre eine weitere Schwächung dieser Strukturen indes nicht unbedingt eine gute Nachricht für die Zukunft der japanischen Landwirtschaft (Jentzsch 2021; Maclachlan und Shimizu 2022).

Literatur

- Harris, Tobias (2020), *The Iconoclast: Shinzō Abe and the New Japan*, London: Hurst and Co.
- Jentzsch, Hanno (2021), *Harvesting State Support. Institutional Change and Local Agency in Japan's Agricultural Support and Protection Regime*, Toronto: Toronto University Press.
- Maclachlan, Patricia L. und Kay Shimizu (2021), »Japanese Agricultural Reform under Abenomics«, in: Takeo Hoshi und Phillip Y. Lipsky (Hg.), *The Political Economy of the Abe Government and Abenomics Reforms*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 421–444.
- Maclachlan, Patricia L. und Kay Shimizu (2022), *Betting on the Farm. Institutional Change in Japanese Agriculture*, Ithaca: Cornell University Press.
- Tashiro, Yōichi (2018), *Nōkyō Kaikaku to Heisei Gappei* [Nōkyō Reform and Heisei Mergers]. Tōkyō: Tsukuba Shobō.